

NEWSLETTER KLIMA-ANTIREPRESSION #11 - Oktober 2019

Hallo in die Runde,

in unserem aktuellen Newsletter findet ihr vor allem Einladungen dazu, Prozesse solidarisch zu begleiten. Außerdem einen Text dazu, warum solidarische Prozessbegleitung wichtig ist und was Zuschauer*innen bei Gericht erwarten kann. Und am Ende nochmal eine praktische Terminübersicht - los geht's!

17.10. Aufruf zu Straftaten? An welchem Tagebau nochmal?

Statt der Strafverfolgung von gewalttätigen Polizeibeamten darf ich am 17. Oktober um 9 Uhr mal wieder beim Amtsgericht Aachen erscheinen. Mir wird der Aufruf zu Straftaten (Angeblicher Aufruf den Tagebau Garzweiler zu besetzen) vorgeworfen. FunFact am Rande: EG 2018 war am TB Hambach.

Es gibt Einlasskontrollen, da durch die allseits bekannten Tunnel aus ganz Europa die gewaltbereiten Öko-Terroristen anreisen werden, um am Prozesstermin teilzunehmen. Mein Anwalt hat bereits bei Gericht darum gebeten, einen möglichst großen Saal zur Verfügung zu stellen.

Ich freue mich über Alle, die an der Kunstaktion (Hambi-Bilder hochhalten im Innenhof des Gerichtes) ab 8 Uhr teilnehmen und mich im Publikumsbereich des Gerichtssaales unterstützen. Herzlichst Willkommen.

25.10. Überall Polizei - nirgendwo Gerechtigkeit

Im Zuge der Hambacher Forst Räumung gingen die Cops brutal vor, auch bei zahlreiche Demonstrationen. Auf einer von ihnen sollen zwei jetzt Angeklagte "ACAB" in Richtung Polizei gerufen haben. Am Do, 25.10.2019 um 10 Uhr wird ihnen vor dem Amtsgericht Kerpen der Prozess gemacht.

Dass vor dem Gesetz mitnichten alle gleich sind, verhüllt der Staat in NRW kaum noch: Es gibt eine Richtlinie des Innenministeriums, dass Anzeigen wegen Beleidigung und anderer Straftatbestände die sich gegen Bullen richten, nicht eingestellt werden dürfen. Würden Aktivistis die Cops wegen Beleidigung anzeigen, würde das sofort eingestellt. Nur ein Beweis mehr dafür, dass Gerichte nichts mit Gerechtigkeit zu tun haben. Und wo Polizei ist, da gibt es nirgendwo Gerechtigkeit, sondern nur Sonderrechte für den Staat.

Unterstützt die Angeklagten vor Gericht:

Do, 25.10. 10 Uhr Amtsgericht Kerpen

29.10. Polizist beleidigt oder asozial?

Im Kontext der Räumung des Hambacher Forst kontrollierte die Polizei willkürlich und mit vielen Schikanen Menschen, die sich im "Gefahrengebiet" bewegten. So auch Teilnehmer*innen der Landeskonzferenz der Anti-Atom-Bewegung welche in der Räumungsphase den Hambi besuchten. Einem der kontrollierten wird jetzt vorgeworfen, er hätte einen Polizisten als "Du Asi" beleidigt. Ihm wird am 29.10. um 13 Uhr der Prozess gemacht.

Beim ersten Prozessanlauf Ende August wurde einmal mehr klar gemacht, dass für Gericht Polizist*innen eben doch die besseren Menschen sind: Die Staatsanwaltschaft stellt grundsätzlich

keine Verfahren wegen Beleidigung gegen sie ein. Die Richterin hielt prompt einen Moralvortrag über die arme Polizei, der kein Respekt entgegen gebracht würde. Auf die Entgegnung des Anwalts, dass kein Respekt nicht strafbar sei, erklärte die Richterin dann, dass eine Beleidigung aber schon strafbar sei (wenn sie sich gegen Polizisten richten würde schwang mit). Nicht mal, ob der konkrete Polizist sich bei der Kontrolle asozial verhalten hätte, spiele eine Rolle dafür, dass "Du Asi" eine Beleidigung sei. Beide Belastungszeugen der Polizei hielten es trotz Ladung nicht für notwendig zum Prozess zu erscheinen, einer fehlte sogar unentschuldig. Wir erwarten gespannt, ob das verhängte Ordnungsgeld gegen ihn aufrecht erhalten bleibt oder ob sich auch an dieser Stelle die Polizei mal wieder alles erlauben kann.

Solidarischer Prozessbesuch ist erwünscht.

Di, 29.10. um 13 Uhr Amtsgericht Düren

Ab 30.10. „We don't shut up - We shut down“

Am 15.11.2017 blockierten Aktivist*innen der Aktion #Weshutdown mit Lock-ons und einer Kletteraktion das Kraftwerk Weisweiler im Rheinland. Während bei der COP in Bonn über Klimawandel nur gesprochen wurde, erzwangen sie damit das beinahe vollständige Abschalten des Kraftwerks, wodurch rund 26.000 Tonnen CO₂ eingespart wurden. Jetzt werden fünf Aktivist*innen und ein Journalist, der die Aktion dokumentierte, von RWE auf zwei Millionen Euro Schadensersatz verklagt. Zudem steht ein Strafprozess gegen die Aktivist*innen an; ihnen wird Hausfriedensbruch, Störung öffentlicher Betriebe und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte*innen vorgeworfen.

Kommt zum Strafprozess und zeigt euch solidarisch

Mittwoch, 30.10. 9:00 Uhr

Mittwoch, 13.11. 9:00 Uhr

Mittwoch, 4.12. 12:00 Uhr

Amtsgericht Eschweiler

Aktuelle Infos findet ihr unter: <http://wedontshutup.org>

8.11. Tätlicher Angriff während Ende Gelände 2017?

Im Mai war die Verhandlung schon einmal angesetzt, die dann vor Ort aufgrund fehlender Zeugen abgesagt wurde. Der Vorwurf ist tätlicher Angriff während Ende Gelände im November 2017.

Der neue Termin ist:

Freitag, 08.11.2019; 9:00 Uhr

1. Etage, Sitzungssaal 1.07, August-Klotz-Str. 14, 52349 Düren.

Der betroffene Mensch freut sich über solidarische Begleitung, wünscht sich aber eher unaufgeregtes Dabeisein und Zur-Seite-Stehen.

25. & 26.11. Unterstützung für Prozess in Cottbus gewünscht

Vor der nächsten Ende Gelände Aktion in der Lausitz (29.11.-1.12.) gibt es bereit am Montag und Dienstag vorher die Möglichkeit in Cottbus gemeinsam für Klimagerechtigkeit einzustehen. Denn am 25. und 26.11. findet jeweils ab 10 Uhr beim Amtsgericht Cottbus (ein Verfahren gegen einen Menschen statt dem Hausfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte bei einer Baggerbesetzung im Dezember 2015 vorgeworfen wird.

Im Juli gab es bereits eine Vorladung für die Hauptverhandlung, die dann aber aufgrund eines spontanen Urlaubs von Polizeizeugen nicht eröffnet wurde. Die Verteidigung und Unterstützer*innen erfuhren davon erst als sie schon vor Ort waren. Anstelle einer Verhandlung gab es ein Angebot zur Einstellung unter Auflagen (Geldzahlung & Schuldeingeständnis), welches von der Verteidigung abgelehnt wurde. Daraufhin wurde der bisher für 2 Stunden angesetzte Termine auf 2 Tage à 6 Stunden im November verschoben. Ein zwischenzeitlich mündlich akzeptierte Laienverteidigung scheint das Gericht gerade doch nicht mehr zu akzeptieren. So geht es bei dem Termin nicht nur um die strafrechtlichen Vorwürfe, sondern auch um die Gewährleistung einer angemessenen Verteidigung des Angeklagten.

Solidarische Unterstützer*innen sind willkommen. Die Adresse des Gerichts ist Thiemstraße 130, gleich südlich vom Bahnhof Cottbus.

10.12. Berufungsprozess in Hannover zu den Climate & Justice Games 2018

Hier geht es um das bisher einzige Verfahren gegen einen Aktivist im Zusammenhang mit den Climate & Justice Games Hannover 2018 anlässlich der EuroTier-Messe. Dieser wurde im Mai wegen Sachbeschädigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte zu 70 Tagessätzen verurteilt. Er hatte dann Berufung eingelegt. Der Angeklagte wird durch eine Anwältin vertreten. Die erneute Verhandlung des Falls findet statt am

Dienstag, dem 10. Dezember 2019, 11 Uhr

im Landgericht Hannover, Saal 2 H 2, Volgersweg 65, 30175 Hannover.

Der Angeklagte freut sich über Unterstützung vor und im Gebäude oder auch weiter weg. Insbesondere Menschen aus der Region sind aufgerufen, sich solidarisch zu zeigen. Wer Interesse hat, was mitzuorganisieren, z.B. eine Mahnwache, melde sich (gern verschlüsselt) bei cat@nirgendwo.info. Menschen, die an der Verhandlung als Zuschauer teilnehmen wollen, müssen sich ausweisen und damit rechnen, am Eingang kontrolliert zu werden.

Bei weitere Fragen meldet euch bitte bei: cat@nirgendwo.info.

Niemand bleibt allein!

Was erwartet Zuschauer*innen bei Gericht?

Gerichtsprozesse sind eine der sichtbareren Formen von Repression. Als Einzelperson auf der Anklagebank zu sitzen und Richter*innen und Staatsanwält*innen gegenüber zu stehen kann unter Umständen ganz schön belastend sein. Gerichte sind eine der Formen, in denen der Staat seine

Herrschaftsansprüche ganz klar geltend macht. Die Aufgabe der Richter*innen ist es, über Taten und Personen zu urteilen und sie haben die Macht, Menschen zu bestrafen - schlimmstenfalls mit Knast.

Immer wieder stehen auch Klimaaktivist*innen vor Gericht. Betroffen sind Einzelpersonen, vom Repressionsapparat gemeint ist aber die gesamte Bewegung. Repression will uns alle einschüchtern und uns so davon abhalten, (weiter) Dinge zu tun, die den Status quo stören.

Dagegen setzen wir unsere Solidarität!

Solidarische Prozessbegleitung ist es wichtiges Mittel, um den Betroffenen ganz konkret zu zeigen, dass sie nicht alleine sind - einfach, indem wir da sind.

Wenn ihr als Zuschauer*innen zu Prozessen geht, macht es Sinn, sich vorzubereiten:

- Eingangskontrollen: Nehmt keine Adressbücher, sonstige sensible Daten, Waffen oder Drogen etc. mit.
- Handys: Meistens dürfen Handys nicht mit in den Gerichtssaal, in machen Fällen werden sie bei der Eingangskontrolle einbehalten. Denkt darüber nach, ob ihr eure Handy wirklich mitnehmen müsst.
- Personalien: Häufig will das Gericht bei politischen Prozessen gerne wissen, wer den so im Saal sitzt. Daher kann es dazu kommen, dass ihr eure Personalien abgeben müsst und eure Persos fotokopiert werden.
- Wenn ihr im Prozess stört, nicht aufsteht, wenn Richter*innen rein kommen oder ähnliches kann euch das Gericht mit Ordnungsgeld bzw. Ordnungshaft (max 7 Tage) bestrafen. Bevor das passiert müsst ihr allerdings erstmal verwarnt werden. Es macht Sinn in solchen Situationen mündlich Beschwerde einzulegen und zu verlangen, dass das protokolliert wird.

Achtet darauf, was sich die Angeklagten vom Publikum für ihren Prozess wünschen - Schoki, rumpöbeln, Konfetti, Zwischenrufe, einfach da sein und zuhören ... Achtet dabei, wie immer, auch auf eure eigenen Grenzen.

Und denkt dran: Gerichte sind zum Essen da ;)

Terminübersicht

- 17.10. 9 Uhr Amtsgericht Aachen
- 25.10. 10 Uhr Amtsgericht Kerpen
- 29.10. 13 Uhr Amtsgericht Düren
- 30.10. 9 Uhr Amtsgericht Eschweiler (+ Folgetermine)
- 8.11. 9 Uhr Amtsgericht Düren
- 25.+26. 11., 10 Uhr Amtsgericht Cottbus
- 10.12. 11 Uhr, Landgericht Hannover